

K A A I N N

Zeitschrift für Menschlichkeit  Herausgeber: Erich Mühsam.

Erscheint jeden Dienstag. Verantwortlich für Redaktion und Verlag: Erich Mühsam, München, Georgenstraße 105/IV, Telefon 33626. / Druck von Max Steinebach, München, Baaderstraße 1 und 1a. Geschäftsstelle: München, Baaderstraße 1a, Telefon 26355. / Einzelnummer 20 Pfennig, vierteljährlicher Bezugspreis Mk. 2.50. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. / Straßenvertrieb in München: I. Pfallner, Zeitungs-Zentrale, Färbergraben 27-28, Telefon 21054; Franz Kirmayr, Haupt-Zeitungsverlag, Schäfflerstraße 11, Telefon 21442. Anzeigenpreis die 6 mal gespaltene Nonpareillezeile 60 Pfennig, bei Wiederholung Rabatt.

Nummer 4.

Dienstag, den 21. Januar 1919

5. Jahrgang.

Karl Liebknecht. — Rosa Luxemburg.

Eine grauenvolle Schandtat ist geschehen. Die Christusgeschichte hat eine entsetzliche Wiederholung erfahren. Mit gestäubten Haaren, mit tränenden Augen, mit brennender Scham vor der Nachwelt, sind wir, deren Herz und Geist vom Herzen und vom Geist Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs ist, Zeugen des Verbrechens, das den deutschen Namen tiefer und schimpflicher ächtet, als selbst die Greuel, an denen das deutsche Volk vier juristbare Kriegsjahre hindurch sich mitschuldig machen ließ.

Diese vier Jahre lang war das Volk verblendet von gehässigen Lügen, mit denen die Führer und Oberen die ausländischen Opfer ihres ruchlosen Ehrgeizes schuldig scheinen ließen an der eigenen Not verblendet von den Siegen, die ihm als Triumph einer gerechten Sache mündgerecht gemacht wurden, verblendet von dem Wahn, das Vertrauen zu den Despoten und Generälen werde einen Frieden schaffen, der alle Entbehrungen und Qualen wettmachen und eine Zukunft in ruhiger Sicherheit gewährleisten werde.

Die Stunde des Erwachens kam. Erschreckt, verwirrt stand das deutsche Volk vor den Scherben seines militärischen Ruhms und erkannte, daß die recht hatten, die anklagend und warnend den imperialistischen Drang des Kapitals und den Machtwahnsinn des deutschen Militarismus für allen Jammer des Weltkrieges verantwortlich gemacht hatten und die nicht müde geworden waren, als Rettung aus allen Schrecknissen und als einzige Möglichkeit, ihre Ursachen auszutilgen, die soziale Revolution zu predigen. Die Vordersten aber unter diesen Mahnern und Rufern, die Tapfersten während der ganzen Kriegszeit und die von den Militaristen und Kapitalisten Gehäbtesten und von Verfolgungen Bedrängtesten waren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Karl Liebknecht war der erste deutsche Abgeordnete, der sich weigerte, dem Mordsystem der Hohenzollern Kredite zu gewähren, der erste, der gegen das Verbrechen des belgischen Neutralitätsbruches öffentlich Protest erhob. Geschmäht vom ganzen Volk — wie wenige waren wir im Anfang des Krieges, die erkennend neben Liebknecht und Luxemburg litten! —, kuzioniert von den Vorgesetzten — man hatte den gefürchteten und gehähten Mann als Schipper eingezogen —, verleugnet und abgeschüttelt von den eigenen Parteigenossen, die sich des Starken schämten, den der Glaube an Sozialismus und Internationale auch angesichts ihres schmachlichen Verrats nicht verließ, schließlich um seiner Ueberzeugung willen von den Vertretern der Bourgeoisie im Parlament tötlich mißhandelt und den Schergen der brutalsten Klassenjustiz ausgeliefert, hielt er stand im Zuchthaus und ergriff, als er es nach 2½ Jahren verlassen konnte, die rote Fahne, mit der er dem endlich zur Revolution erhobenen Volk anfeuernd und zielgebend voranschritt.

Rosa Luxemburg war die befeelte Flamme der Revolution. Das wußten ihre Feinde. Von den ersten Kriegswochen ab hielt man sie darum eingesperrt. Von Gefängnis zu Gefängnis mußte sie den kleinen schwachen Körper schleppen. Sie ertrug stark und tapfer alle Kränkungen, alle Entbehrungen, im sicheren Vertrauen auf den Tag der Erlösung durch den Zusammenbruch der Militärwirtschaft und durch den Aufstand des Volkes. Der Tag kam und die beiden Befreiten übernahmen miteinander die Führung der Revolution. In unermüdlicher Arbeit, ohne sich zu schonen, ohne Widerstände zu fürchten, erfüllt vom Wissen um den Sozialismus, vom Willen zur Völkerfreiheit taten sie ihre Pflicht als Revolutionäre und als wahre Freunde des Volkes.

Nun sind sie gefallen, schändlich ermordet, gelincht von der entsetzten Bestie der Gegenrevolution. Beide am gleichen Tage niedergemetzelt — von wem? Die Noske, Ebert und Scheidemann werden ihre Hände in Unschuld waschen und vielleicht die Militärs verantwortlich machen wollen, die sie herbeigerufen haben, ihre erbärmliche Macht gegen Sozialismus und Weltgewissen zu schützen. Die Militärs aber werden die Schuld auf den Mob schieben, gegen deren Mordwut man zwei Revolutionäre an verschiedenen Stellen zu verschiedenen Tageszeiten nicht zu schützen vermochte. Ach, die schuldbeladene Majestät Wilhelms II. zu schirmen, haben sich die preussischen Militärs immer stark genug gefühlt! An ihnen und an ihren „sozialistischen“ Auftraggebern bleibt die Schuld hängen, die fürchtbarste Schuld, die je zu verantworten war.

Aber gleich schuldig ist das deutsche Volk, das deutsche Proletariat, soweit es nicht zur Schär der Liebknecht-Luxemburg selbst gehörte. Arbeiter in Soldatenröcken haben den schrecklichen Kampf geführt gegen die Verteidiger der Revolution im „Vorwärts“-Gebäude und am Polizeipräsidium. Arbeiter und Arbeiterfrauen haben die mordgierige Meute gestellt, die den schon gefangenen Liebknecht brutalisierte, die der ohnmächtigen Frau Luxemburg den tödenden Schuß versetzte, die noch ihre viehische Lust an der Leiche der Kämpferin weidete.

Wieviel Flüche sind den Toten in ganz Deutschland am Tage ihrer Ermordung nachgesandt worden! Wieviel hämische Freude an der schauervollen Tat ist laut geworden! An seinen selbstlosesten Befreier, an den Heilanden seines Rechts und seiner Zukunft ist das deutsche Volk selbst zum Mörder und zum Verräter geworden.

Die Schmach ist unnennbar groß. Nur eine Sühne gibt es: Das Dermächtnis Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs zu hüten, ihren Kampf durchzukämpfen, die Revolution zu heiligen durch ihre Durchführung, bis Freiheit und Sozialismus gesichert ist. Hüßt die Leiber der Entschlafenen in rotes Fahmentuch und laßt uns an ihrer Bahre das Gelöbnis ablegen:

Wir wollen kämpfen bis zum Siege der Weltrevolution —

das schwören wir Euch, unseren geliebten Freunden und Führern, Euch Unvergesslichen und Unsterblichen

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg!

Kriegslied.

(Gebichtet März 1917.)

Sengen, brennen, schießen, stechen.
Schädel spalten, Rippen brechen,
spionieren, requirieren,
patrouillieren, egerzieren,
fluchen, bluten, hungern, frieren, —
so lebt der edle Kriegerstand,
die Flinte in der linken Hand,
das Messer in der rechten Hand, —
mit Gott, mit Gott, mit Gott, —
mit Gott für König und Vaterland!

Aus dem Bett von Lehm und Jauche
zur Attacke auf dem Bauche.
Trommelfeuer, Handgranaten.
Wunden, Leichen, Heldentaten, —
bravo, tapfere Soldaten!
So lebt der edle Kriegerstand,
das Eisenkreuz am Preußenband,
die Tapferkeit am Bayernband, —
mit Gott, mit Gott, mit Gott, —
mit Gott für König und Vaterland!

Still gestanden! Hoch die Beine!
Augen gradeaus, ihr Schweine!
Disfiziert und schlecht befunden.
Keinen Urlaub. Angebunden.
Strafdienst extra sieben Stunden. —
So lebt der edle Kriegerstand.
Jawohl, Herr Oberleutnant!
und zu Befehl, Herr Leutnant!
Mit Gott, mit Gott, mit Gott —
mit Gott für König und Vaterland!

Dorwärts mit Tabak und Kümmel!
Bajonette, Schlachtgetümmel.
Dorwärts! Sterben oder siegen!
Deutscher kennt kein Unterliegen!
Knochen splintern, Fesseln fliegen.
So lebt der edle Kriegerstand.
Der Schweiß tropft in den Grabenrand,
das Blut tropft in den Straßenrand, —
mit Gott, mit Gott, mit Gott, —
mit Gott für König und Vaterland!

Angeschossen, hochgeschmissen,
Bauch und Därme aufgerissen.
Rote Häuser — blauer Aether —
Teufel! Alle heiligen Väter!
Mutter! Mutter! — Sanitäter!!
So stirbt der edle Kriegerstand,
in Stiefel, Maul und Ohren Sand,
und auf das Grab drei Schippen Sand, —
mit Gott, mit Gott, mit Gott, —
mit Gott für König und Vaterland!

Erich Mühsam.

Berlin und München.

Berlin schwimmt in Blut. Die sozialdemokratischen Mitschuldigen am Krieg, die gewissenlosen Schrittmacher des preußischen Militarismus, die an der Revolution keinen anderen Anteil hatten, als daß sie sich zu ihren Nutznießern machten, haben den Kampf gegen die sozialistische Revolution mit allen Mitteln des blutigsten Terrorismus aufgenommen. Die reaktionäre Haltung der Herren Ebert und Scheidemann in allen Fragen, die die Sicherung der Revolution betreffen, bewies von den ersten Tagen an, daß diese Leute den Zweck der Revolution darin erfüllt sehen, daß sie die Macht repräsentierten. Sie machten sich lieb Kind bei den Vertretern des alten Systems, erwarben sich das Vertrauen des Bürgertums, der Beamtenerschaft und des Offizierskorps und ließen sich von Hindenburg und den Seinen als die einzigen und wahren Vollstrecker des deutschen Volkswillens bestätigen. Hindenburg hatte ja vier Jahre hindurch von ihnen die gleiche Gefälligkeit erweisen bekommen.

Es ist klar, daß der Sturz dieser verwegenen Demagogen um des Sozialismus willen unumgängliche Notwendigkeit wurde. Aber es zeigte sich, daß sie ihre am 9. November erschlaffene Stellung (die Revolution selbst hat sie gewiß nicht an die Spitze des Volkes getragen, sie war nur zu vertrauensselig, um sie mit den übrigen Systemhütern des Hohenzollernregimes wegzublafen), — daß sie ihre Macht ebenso hartnäckig und rücksichtslos zu halten entschlossen waren, wie vorher die, deren Schleppenträger sie gespielt hatten. Nachdem sie den Matrosenmord im Schloß und Marzfall verübt und ihre Opfer mit Hilfe der ihnen — wie vorher den Ludendorffs — rückhaltlos willfährigen Presse (zwischen „Kreuzzeitung“ und „Dorwärts“ gabs wie anno 1914 keinen Unterschied mehr) als Plünderer, Räuber und Mörder aller Welt verleumdeter hatten, veranstalteten sie den organisierten Bürgerkrieg gegen alle, die den Sozialismus als notwendiges Ziel der Revolution erkannt hatten.

Berlin schwimmt in Blut. Proletarier sind in Massen für ihre Idee, für ihren Willen zum Sozialismus, für ihren heroischen Kampf um Gerechtigkeit und Menschlichkeit ermordet worden. Ermordet mit allen den schauerlichen Maschinen, mit denen die kapitalistischen und militärischen Verbrecher des Weltkrieges die deutsche Schreckensherrschaft über Europa und die Welt aufzurichten versuchten, mit Granaten und Minen,

mit griechischem Feuer und giftigen Gasen. Ermordet von denen, die sie selbst lange Jahre hindurch als ihre Führer verehrten, denen sie vertrauten, die sie als Lehrer und Dorkämpfer des Sozialismus anjahen.

Trauer und Grauen erfüllt jedes fühlende Herz. Kein Nero, kein Robespierre, kein Gallifet, kein Ludendorff darf schimpflicheren Mordes angeklagt werden, als die bluttriefenden Sozialistenmörder Ebert, Scheidemann und Noske. Nie hat die Welt einen Derrat erlebt, der aus so niedrigen Motiven kam, der so scheußliche Formen hatte, wie der Derrat dieser „Genossen“ an allem, was sie je als ihre Ideale öffentlich verkündet hatten. Alle Schreckensmänner vor ihnen kämpften gegen Feinde ihrer Gesinnung, — diese ließen die Feinde ihrer Gesinnungslosigkeit niedermeßeln. Sie, die Bekenner des kommunistischen Manifests, wurden ihre Helfer aus allen Lagern, wo sie den Haß gegen das Volk und seine Ansprüche gesammelt wußten. Sie bewaffneten Offiziere und nationale Studenten gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, sie verbündeten sich dem Kapitalismus und dem royalistischen Beamtentum, sie gaben Prinzen und Generälen, die das Handwerk des Massenmords in vier Jahren des ruhmvollen Elends meisterhaft gelernt hatten, den Befehl über die Kanonen und Flammenwerfer, die mißleitete, von den Lügen ihrer Oberen und einer nichtswürdigen Presse verwirrte Soldaten gegen ihre vom lautersten Willen beseelten Volksgenossen richteten. So haben die Mordmaschinen der Ebert, Scheidemann und Noske einen Sieg über den Geist des Sozialismus und der Revolution errungen, der den Siegern einen wenig beneidenswerten Platz in der Geschichte sichert.

Dorerst mögen sie sich ihrer Schandtats freuen. Der Jubel, mit dem die Burgeoisprelle und ihnen voran der „Dorwärts“ und die übrigen sozialdemokratischen Parteiblätter über den Leichen der ermordeten Arbeiter triumphieren, sei ihnen vergönnt. Ein wahrer Blutausfluß hat die Gemüter ergriffen, die ihren Kapitalzins jetzt gerettet glauben. Die gefühlvollen Seelen, die uns radikale Tag für Tag als blutrünstige Plünderer und Mordbrenner angeklagt haben, weiden sich in Orgien roher Schadenfreude an den Todesqualen derer, die für ihre Sehnsucht, für ihres und des Volkes Wohlfahrt den Kampf bis zum Ende führten. Sie sind beglückt, daß gefangene Spartakisten von ihren Bezwingern unter den vertierten Zurufen der Ordnungsbestie einfach niedergemacht wurden (die „Münchener Neuesten Nachrichten“ meinen: „sie wurden nach Gebühr behandelt“). Wir wollen uns das Wort merken.) Ueber den von Arbeiterblut dampfenden Straßen Berlins kreischt das hysterische Siegesgebell der vereinigten Konterrevolution, der Börseaner und Junker, der Offiziere und Pfaffen, des Preßgelichters und der kaiserlich-imperialistischen Sozialdemokratie. Sie alle, die Besiegten im Weltkrieg, haben die erste Rache genommen an den Landsleuten, die die Niedertracht dieser Zionswächter des Kapitalismus durchschaut hatten.

Sie werden sich ihres Sieges nicht lange freuen. Auf Verbrechen kann sich keine Macht lange stützen. Bald genug wird sich zeigen, daß die Helfer der Ebert und Noske ganz andere Gedanken hatten, als diesen Halunken das Kommando zu retten. Bald genug werden sie mit den Waffen, die sie aus den Händen der sozialdemokratischen Regierung empfangen, versuchen, die „Ruhe und Ordnung“ wieder herzustellen, die wir vor der Revolution hatten, die sich auf die Diktatur der Polizei und des Militärs, auf Zuchthaus und Standrecht stützt, die „Ruhe und Ordnung“, die ihnen den Heldennimbus der großen Zeit bescherte. Dann werden sich die Scheidemannier wieder umschauen nach dem Proletariat und von ihm Hilfe erwarten. Aber wo sie sich zeigen, möge ihnen überall, wo Revolutionäre und Sozialisten ihr reines Ziel verfolgen, der Ruf entgegengellen: Derräter!! Mörder!! — Ohne sie, gegen sie wie der Sozialismus nach ihrem Sturz sein Ziel erreichen.

Berlin schwimmt in Blut. In München hat die konterrevolutionäre Schmeiße der Eisnerschen Politik erst dreiviertel Duzend Menschen zur Strecke gebracht, und das waren keine Kämpfer für Sozialismus und Freiheit, sondern harmlose Passanten, Unbeteiligte an Revolution und Meinungsstreit, bedauernswerte Opfer nervösen Uebereifers, der um ihre „revolutionären Errungenschaften“ besorgten Prokuristen Kurt Eisners.

Am 7. Januar fand eine Arbeitslosendemonstration statt, die mit einer Reihe von Forderungen vor das Ministerium für soziale Fürsorge zog. Eine unbewaffnete, friedliche Demonstration, mit der im übrigen die kommunistische Partei gar nichts zu tun hatte. Die Kundgebung erreichte so ziemlich, was sie wollte, und es wäre alles in bester Ordnung gewesen, hätten nicht die regierenden Herren bewaffnete Truppen am Promenadenplatz aufgestellt. Ein Schuß ging los, die Panik war da, drei Menschenleben waren vernichtet. Ob alle Augenzeugen recht haben, die behaupten, es sei zuerst aus einem Bankhaus geschossen worden, oder ob die Untersuchung recht hat, die behauptet, das könne nicht sein, tut wenig zur Sache. Sicher ist nur, daß kein Blut geflossen wäre, wenn den unbewaffneten Demonstranten kein bewaffnetes Militär entgegengerückt wäre.

Für Freitag, den 10. Januar, hatte nun die kommunistische Partei und der revolutionäre Arbeiterrat eine gemeinsame Demonstration geplant, die gegen das Militäraufgebot bei dergleichen Unternehmungen protestieren und eine Reihe von Forderungen anderer Art dem Ministerium Eisner vorlegen sollte. Am Abend zuvor prangte an den Münchener Straßenecken ein Plakat ganz unglaublichen Inhalts. Ohne daß von der Verhängung des Befehlungsstandes je die Rede gewesen wäre, verbot Herr Eisner ganz einfach jede Demonstration, die nicht vom Vollzugsausschuß der A. und S.-Räte zuvor gebilligt sei. Der Herr, der die Preß- und Versammlungsfreiheit bisher in der Kartikatur unbehellig gelassen hat, die die dauernde Provokation zur Gegenrevolution bedeutet, hatte sich zu dieser Manifestation die Unterschriften einer langen Reihe seiner an den verschiedensten Posten wirkenden Getreuen gesichert, und hob nun also die gesetzlichen Freiheiten ohne jeden Schatten eines gesetzlichen Rechts aus eigener despotischer Machtvollkommen-

heit auf, um denen, die es noch nicht wußten, zu beweisen, daß er genau wie seine Vorgänger unter der Firma Mittelsbach die Freiheit der Rede und der Schrift nur den Hütern des Kapitalismus und der Volksknechtung zugestehet.

Natürlich konnte für uns gar keine Rede davon sein, die angesagte Demonstration der Sultanslaune des Herrn Eisner zuliebe etwa abzugeben. Es ergab sich nur die Notwendigkeit, das konterrevolutionäre Dokument zum besonderen Gegenstand des Protestes zu machen. Darüber sollte am Vormittag noch beschlossen werden. Ein solcher Beschluß konnte indessen nicht mehr gefaßt werden, denn in der Nacht zum Freitag wurden wir, die Herrn Eisner als Veranstalter der Demonstration denunziert waren, im Auftrag dieses Volksbefreiers verhaftet.

Herr Eisner, der den Haftbefehl gegen mich persönlich unterschrieben hatte, berief sich dabei auf die Paragraphen 125 und 127 des Reichsstrafgesetzbuches, die vom Landfriedensbruch handeln. Man fragt sich erstaunt, was er wohl gegen sich selbst gemacht hätte, wenn er die Handgranate des politischen Strafrechts aus der Bismarckzeit schon vor dem 7. November hätte schleudern dürfen, als ihm die Massen zu Demonstrationen gegen eine unfähige und feige Regierung auf die Theresienwiese folgten. Er ließ uns also — 12 Personen im ganzen — nach Stadelheim schleppen, wo wir — am 10. Januar! — in ungeheizte Einzelzellen gesperrt und 14 Stunden festgehalten wurden.

Wahrscheinlich saßen wir heute noch dort, wenn nicht die Massen, die uns unter der Bavaria hatten hören wollen, ohne uns eine Demonstration auf dem Promenadenplatz veranstaltet hätten, die dem revolutionären Landfriedenshüter unsere Entlassung abzwang — sehr gegen seinen Geschmack, wie er selbst zugegeben hat. Herr Eisner hat damals vom Fenster aus zur Masse gesagt, er gebe uns nur frei, weil er lieber sterben wolle, als Berliner Zustände in München aufkommen zu lassen. Er hat aber der Deputation, die sich durch Emporkletterern an der Hauswand durchs Fenster Einlaß zu ihm verschafft hatte, erklärt, in die nächste Demonstration werde er hineinschießen lassen. Sein blutscheues Gewissen scheint also ein Ventil zu haben. Man wird den neuen Alba von München auch fragen dürfen, warum er gegen die Demonstration die ungeheure Menge Militär aufbieten ließ. Er wird doch gewußt haben, daß unbewaffnet demonstriert werden sollte; seine Spikeln haben ihn ja auch sonst ziemlich richtig informiert. Wenn es beim Aufmarsch der Menge nicht zu Gewalttätigkeiten kam, so hat Eisner gewiß zu allerletzt daran ein Verdienst, so lag das an der von uns, ihren Führern, veranlassenen Friedlichkeit der Kundgebung selbst, die durch den Gewaltakt gegen uns allerdings in äußerster Gefahr geraten mußte.

Eisner hat einige Tage nachher die Menge, die die Enthastung ihrer Führer verlangt und durchgeführt hat, und zu der er, der Herr Ministerpräsident, zu reden sich herabgelassen hatte, als zu zwei Dritteln aus Zuhältern und Einbrechern zusammengesetzt bezeichnet. Damit hat Eisner sich außerhalb des Teils der Gesellschaft gesetzt, mit dem man in den Formen gesitteter Unterhaltung verkehrt. Er weiß genau, daß er ohne die also verleumdete und beschimpfte Masse niemals zu dem Posten gelangt wäre, den er jetzt mit Ludendorff-Noskeschen Mitteln zu verteidigen sucht.

Jawohl, mit Noskeschen Mitteln. Am 10. Januar hatte er den Kasernen Befehl zur äußersten Bereitschaft gegeben, hatte abends Absperren treffen lassen, bei deren Verletzung sofort scharf geschossen worden wäre und hatte in Stadelheim sogar außer zahlreichen Maschinengewehren ein Flachbahngeschütz auffahren lassen. Daß die derart nerds gemachten Soldaten — beim Verlassen des Gefängnisses empfinden uns Eisnersche Leibtruppen, die uns roh beschimpften und tödlich insultierten — zu jeder Gewalttat prädestiniert waren, ist klar.

Es zeigte sich am Abend des Tags am Bahnhof, als die jungen Burschen, die man dort zur Bedienung der Maschinengewehre aufgestellt hatte, völlig unprovokiert in die Masse harmloser, an gar keine Demonstration denkender Menschen hineinschossen. Ueber das Resultat: 6 Tote, 15 Verwundete mag Herr Eisner einmal nachdenken, wenn er fähig sein sollte, den selbstgeflochlenen Glorienschein einmal ein Viertelstündchen von seinem realpolitischen Denkerhaupt zu entfernen. Ich zweifle freilich daran, daß ihm noch ein Rest umgetriebenen Ueberlegens geblieben ist, hat er doch selbst vor einigen Tagen erklärt, er verstehe nicht, was die Revolution nach der Revolution noch solle.

Nach der Revolution! Herr Eisner glaubt also, daß die Revolution damit beendet sei, daß er, seine Dürftigkeit Kurt Eisner, bayerischer Ministerpräsident geworden sei. Nein, Derehrter, damit hat die Revolution ihren Zweck nicht erfüllt. Die Revolution geht weiter, und ihr Verlauf muß darüber entscheiden, ob Sie von dem durch Ihre „freiheitliche“ Regierungskunst wieder mächtig gewordenen Pfaffen- und Offiziersklüngel vom Postament gestochen werden oder von uns, die wir Sie als lächerlichen, unfähigen und obendrein gewissenlosen Phrasendrescher erkannt haben. Wohin Sie gehören, haben Sie ja selber eingesehen, da Sie in diesem Augenblick, wo Berlin in dem Arbeiterblut schwimmt, das die Hohenzollernsozialisten zum Heil des Kapitalismus vergossen haben, Ihre „Unabhängigkeit“ diesen Ordnungsfanatikern zum gemeinsamen Kampf gegen die konsequenten Sozialisten demütig zu Füßen legen.

Die Reaktion hat sich geeinigt bis zum letzten Mann. Revolutionäre, erkennt eure Pflicht!

E. M.

Das kapitalistische Problem.

Als Kenner des Wirtschaftslebens hat der Unterzeichnete am 11. Dezember an Herrn Ministerpräsident Eisner ein Schreiben gerichtet, das den Entwurf eines Ertragsgesetzes enthielt.

Die Veranlassung zu dem nachstehenden Gesetzentwurf ist die Beobachtung von Tatsachen, die beweisen, daß die Revolution im Begriffe ist, ihr eigentliches Ziel, die Beseitigung der alten kapitalistischen Ordnung, zu verfehlen. Solange die alte kapitalistische Ordnung weiterbesteht, besteht die Gefahr der Reaktion.

Alle Reformen und Reformchen vor Lösung der kapitalistischen Frage sind Unternehmungen, deren Sinn und Zweck bald erkannt werden wird. Wie es eine Kriegsspißhose gab, erleben wir jetzt eine Revolutionspißhose. Die Regierung nicht minder wie die Massen sind davon ergriffen. In diesem Taumel verpuffen die Kräfte, die zur vollkommenen Durchführung der Revolution notwendig sind. Wie ich mich frei vom Kriegstaumel erhalten habe, bewahre ich mir ein nüchternes Urteil über die Vorgänge der Revolution. Als objektiver Beobachter habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß die Regierungen der deutschen Republiken die Nachgeburt mit dem Kinde verwechseln und ihre Liebe und Fürsorge diesem Balg zuwenden und diesen zu erziehen gedenken, während sie das Kind den Gegnern der Revolution überlassen. Von der seelischen Derfassung der Regierenden und den plausiblen technischen Schwierigkeiten abgesehen, fehlt es ihnen an einer praktischen Handhabe zur Lösung der Kardinalfrage des kapitalistischen Problems.

Daher kommt es, daß im Vordergrund der Reformen die Bestrebungen zur Sozialisierung der Produktion und der Drang zu nebensächlichen Reformen stehen. Die Entschuldigung, daß die im Programm der Sozialdemokratie liegende Sozialisierung der Produktion nicht in Angriff genommen werden kann, weil fast nichts da ist, was zu sozialisieren sei, ist eine weltgeschichtliche Selbstanklage und das Eingeständnis der Unfähigkeit, die Forderungen des Augenblicks zu erfüllen. Die Menge begnügt sich mit dieser Entschuldigung, aber ich erkläre, daß unsere Führer in diesem ungeheuer verantwortlichen Augenblicke den Anforderungen in der Hauptfrage nicht gewachsen sind. Hier dieselbe Unzulänglichkeit der Führung wie dort bei Ausbruch des Krieges!

Ich erhebe hiemit feierlich Protest gegen die geübte Zersplitterung der Kräfte der Revolution!

Die Verachtung und der Haß der Internationale als dem unfähigsten Volke der Welt ist uns sicher, wenn wir noch einen Augenblick zaudern, das zu tun, was Logik und Methode uns gebieten:

die Lösung des kapitalistischen Problems.

Hiezu eine kurze Betrachtung:

Voraussetzung aller Sozialisierungsbestrebungen ist das durchgreifende Erfassen des Kapitals und seiner Auswirkung, des arbeitslosen Ertrages. Heute ist das Kapital zu vergleichen mit vagabundierenden Kräften, die sinnlos durcheinander wirken, die da und dort von Einzelnen zum Schaden der Allgemeinheit, der von Natur aus alle Kräfte der Erde gehören, zu eigennützigen Zwecken ausgebeutet werden. Wir dürfen nicht warten, bis eine allgemeine Weltrevolution die ganze Menschheit von diesem Ausbeutesystem erlöst, sondern wir Deutsche haben im Namen der Weltrevolution den uns zugeteilten Beitrag zu leisten, indem wir, gestützt auf das göttliche Recht und die menschliche Pflicht in diesem Kräftechaos Ordnung schaffen durch Zusammenfassung dieser vagabundierenden Kräfte zu einer einzigen Resultierenden und diese in den Dienst der Gesamtheit stellen.

Der gegenwärtige Tiefstand in der Produktion ist die Voraussetzung für die Möglichkeit einer Steigerung der Produktion! Die Differenz zwischen Produktionsniederung und dem gesteigerten Bedarf ist das unerläßliche Potential des kommenden Produktionsstromes. Das fehlende Medium, das den Kontakt herzustellen vermag, ist das Kapital. Und vor diesem macht die Revolution halt!

Daher gilt es, das Kapital im Sinne der Revolution zu mobilisieren, um es in die darniederliegende Produktion hineinführen zu können. Wie soll diese Mobilisierung geschehen? Die Antwort hierauf gebe ich in Form einer praktischen Anregung des Entwurfes zu einem Ertragsgesetz:

1. Rentierliche Erträge, wie Zinsen, Mieten, Pacht, Leihgebühren und Gewinnanteile aus jeglicher Art von Besitz dürfen nur unter Staatsaufsicht gewährt und bezogen werden. Jeglicher Besitz, aus dem rentierlicher Ertrag gesucht oder gezogen wird, ist dem Staate anzumelden.
2. Die Ansprüche auf rentierliche Erträge werden staatlich geregelt.
3. Ansprüche auf rentierliche Erträge aus nicht angemeldetem Besitz sind nicht klagbar.
4. Wer rentierlichen Ertrag aus nicht angemeldetem Besitz sucht oder gewährt, ist strafbar.

Ein derartiges Gesetz mit seinen Anwendungen bedeutet die Lösung des kapitalistischen Problems.

Der Zweck dieses Vorschlages ist, Worte in die Tat umzusetzen. Dieser Weg ist der einzige Weg, der zur Lösung des kapitalistischen Problems führt. Die Spezialisierung ist nur die Folge und erst möglich nach Herstellung dieser Grundlage. Wie immer der Name für die Form der zukünftigen Gesellschaftsordnung lautet, ist Nebensache.

Welche Anwendung gestattet dieses Gesetz:

Zu 1. Der gesamte ertragsfähige, bewegliche und unbewegliche Besitz kann durch die Anmeldung in seinem ganzen Umfange und seinem Werte nach festgestellt werden, um ihn in dem als notwendig erkannten Maße in das Verfügungsrecht der Allgemeinheit überzuführen. Der Zeitpunkt und das Tempo der Ueberführung wird durch unsere materiellen Verpflichtungen gegen das Ausland und die Forderungen einer einheitlich geregelten nationalen Produktion bestimmt.

Auf jeden Fall müssen die großen, das angemessene Bedürfnis der Einzelnen überragenden Besitztitel der Allgemeinheit sofort übertragen werden. Das zulässige jetzige und spätere Maß von ertragsfähigem Besitz wird durch die erste und die fortlaufenden Anmeldungen geregelt werden können.

Der Anmeldung des Besitzes kann sich niemand entziehen, weil auch der Ertrag aus dem Besitz anmeldspflichtig und wirksam kontrolliert wird. Das bisher vagabundierende Kapital, das seinen Ertrag aus privaten Geschäften, meistens unter Hinterziehung der Steuern, gesucht und gefunden hat, wird an das Tageslicht gefördert und für die Allgemeinheit nutzbar gemacht. Der Staat erhält ein Monopol- bzw. Auf-

sichtsrecht über alle Geschäfte, die Ertrag suchen und gewähren. Die Institute für die Ausführung dieser Rechte sind die Banken, die vom Staate sofort zu übernehmen und entsprechend auszubauen sind.

Erst nachdem der Staat in den Besitz der zur Sozialisierung nötigen Mittel gelangt ist, kann die planmäßige Sozialisierung der Produktion und die Regelung der Konsumation in Angriff genommen werden.

Die überkommene Anschauung, daß die Sozialisierung nur während eines Hochstandes der Produktion vorgenommen werden könne, stammt aus der Biedermeierzeit, in der die Entwicklung der Technik noch nicht vorausgesehen werden konnte. Um das Unzutreffende der alten Annahme nachzuweisen, diene eine Betrachtung, die nach wissenschaftlicher Methode die Untersuchung von Grenzfällen benützt.

Angenommen, die Produktion wäre gleich Null, dann wäre der Bedarf unendlich groß. Die Folge wäre, daß alle Hände, alle Köpfe ohne Ausnahme zur Produktion gezwungen wären, um das Dasein zu erhalten. Der Versuch, persönliche Gewinne zu machen, wäre in diesem Stadium der sichere Tod des betreffenden Individuums. Die Produktion diene nur den Interessen der Allgemeinheit, in der die Einzelnen nur das gleiche Interesse rascher gemeinsamer Produktion hätten, an der jeder seinen möglichststen Anteil an Arbeit leisten müßte, um bei der Verteilung der Produktion berücksichtigt zu werden. Die Sozialisierung der Produktion würde automatisch einsetzen, wir kämen zum primitiven Kommunismus. Was für den Nullpunkt Geltung hat, gilt auch für die nächste Nachbarlage, für den Tiefstand der Produktion. Damit ist der Beweis erbracht:

Der Augenblick zur Sozialisierung der Produktion ist der des Tiefstandes der Produktion.

Beweis zur Entkräftigung der bisher geltenden Anschauung: Wenn die Produktion den Höhepunkt erreicht hat, der zur Sozialisierung geeignet sein soll, ist der die Produktion hervorruhende Bedarf schon wieder teilweise befriedigt, der Bedarf nimmt ab und damit notwendigerweise auch die Produktion, wenn unsinnige Ueberproduktion vermieden werden soll. Auf absteigender Linie aber wäre die sozialisierte Produktion gefährdet und käme rasch in Mißkredit.

Ausschlaggebend für den Augenblick der Sozialisierung ist daher ein Tiefstand der Produktion und ein Hochstand des Bedarfes.

Das Festhalten an überkommenen Anschauungen ist auch in dieser Frage ebenso verderblich wie im allgemeinen; es ist das Kennzeichen der Reaktionenäre und der Unfähigen. Der schöpferische Geist kennt kein Vorbild, sondern schafft aus eigener Erkenntnis.

Es fragt sich, ob unser Bedarf schon die elementare Höhe und unsere Produktion schon jenen Tiefstand erreicht haben, um jene Spannung zu erzeugen, die notwendig ist, um die Sozialisierung automatisch herbeizuführen.

Der jahrelange Krieg hat in den Kreisen des Proletariats, zu dem nicht nur die Handarbeiter gehören, verheerend gewirkt, die Schwierigkeiten ihrer Lebensführung gesteigert, dagegen einen Teil des Volkes von der Not des Daseins verschont. — Bei den Besitzenden herrscht noch nicht jener Grad des Bedarfes, der sie zur tätigen Arbeit zwingen würde. Das kapitalistische System gestattet ihnen, ihren Bedarf ohne Arbeit zu gewinnen. Daraus ergibt sich, daß die Sozialisierung der Produktion so lange nicht kommen kann, als dieses System besteht. Erst die Beseitigung des kapitalistischen Systems eröffnet die Möglichkeit der Sozialisierung.

Ein Weg zur Beseitigung des Kapitalismus ist der durch meinen Vorschlag vorgezeichnete, durch Verstaatlichung.

Ein zweiter Weg ist der Bürgerkrieg und seine Folge, die Anarchie. Die Besitzenden haben die Wahl. Die Wahl zwischen Verstaatlichung oder einer Katastrophe, welche die Produktion so weit herabdrückt und den Bedarf derart steigert, daß jeder gezwungen sein wird, freiwillig an der Produktion teilzunehmen, um sein Dasein zu ermöglichen.

Reaktionäre Bestrebungen beschleunigen nur das Verhängnis.

Zu 2. Der Staat wird Mitbesitzer des gesamten Volksvermögens durch seinen Anteil an den Erträgen aus dem Besitz.

Erster Grundsatz bei Regelung der Erträge ist die Anhäufung von Kapital und Besitz in den Händen Einzelner oder von Interessentengruppen zu verhindern.

Der Gewinn aus der Produktion kommt der Allgemeinheit zu Gute. Eine gerechte und billige Verteilung des Gewinnes wird den Staat und seine Bürger befriedigen. Die Gedankengänge in dieser Richtung sind nicht neu, die Feinde derselben sind nur die Besitzenden, die Menschenfeinde.

Zu 3 und 4. Die Unmöglichkeit, rentierliche Erträge auf Schleichwegen zu suchen, bringt die Gefahr, daß Kapital und Ertrag verloren sind, wenn der Kontrahent sich nicht strafbar machen will. Völlige Konkursation von Besitz ist das einzige Mittel zur Bekämpfung des ungelunden Eigennutzes.

Der Vorschlag an die Lösung des kapitalistischen Systems sofort heranzutreten, hat noch aktuelle Bedeutung nach zwei Seiten: nach der innenpolitischen und nach der außenpolitischen.

Im Innern ist er dazu angetan, die Elemente der Revolution zu einigen und geschlossen zur Entscheidungsschlacht gegen den Menschheitsfeind, das Kapital, zu sammeln. Das reaktionäre Bürgertum möge den Ernst der Lage erkennen lernen. Verweigert es die Verstaatlichung, wird ein wilder Bürgerkrieg die Voraussetzung für die automatische Sozialisierung schaffen durch Herabdrückung der Produktion und Steigerung des Bedarfes, der Not, ins Ungeheure. Die Begleiterscheinung dieses Kampfes auszumalen, verschmähe ich. Mene, tekel uwarjin!

Die außerpolitische Bedeutung: Der Entschluß des deutschen Proletariats, das Ziel der Internationale, die Beseitigung der kapitalistischen Ordnung in die Tat umzusetzen, ruft entweder die Hilfe der kapitalistisch orientierten Entente herbei, oder sie gewährt uns die Freiheit unserer Selbstbestimmung. In beiden Fällen wird nur dasselbe erreicht.

aber nichts verhindert, kaum aufgeschoben werden. Der Einmarsch der Entente wird, wenn auch einen kurzen, aber doch einen vernichtenden Bürgerkrieg hervorrufen, daß die Produktion noch mehr zurückgeht, der Bedarf noch mehr gesteigert wird, daß jener Zustand geschaffen wird, der eben zur automatischen Sozialisierung der Produktion und Beseitigung des Kapitalismus im deutschen Volke nur in anderer Form, der Verschuldung und Versklavung führt. Unser Vorbild, so oder so, wird das internationale Proletariat aufstacheln, ebenfalls den Weg der Selbsthilfe zu betreten, um so sicherer, wenn die Machthaber der kapitalistischen Ordnung die Verwirklichung einer naturnotwendigen Entwicklung aus verbrecherischem Eigennutz zu verhindern suchen.

Die Not muß erst ungeheuer groß werden, um die Erlösung vom kapitalistischen Joch herbeizuführen!

Benutze unverzüglich das Euch in die Hand gedrückte Werkzeug zur Dollendung der Revolution. Mag auch noch vieles in Trümmer gehen, es ist notwendig um die Erlösung der Menschheit vom Moloch Kapitalismus herbeizuführen. Ein neues Geschlecht wird die Kraft finden, die Welt schöner aufzubauen zum Wohle der gesamten Menschheit.

Josef Dürr.

Hier ist der sich annoch revolutionär nennenden Regierung des Volksstaates Bayern ein praktischer Vorschlag gegeben, Vorarbeit für die Ueberführung der Wirtschaft in den Sozialismus zu leisten. Ich drucke die Ausführungen Josef Dürrs ab, um die Öffentlichkeit zur Zeugin dafür zu machen, daß das Ministerium Eisner keineswegs ohne Mitwirkung im Erinnern „realpolitischer“ Maßnahmen bleibt und um auf den Ministerpräsidenten einen moralischen Druck auszuüben, sich mit dem ihm vor einigen Wochen eingereichten Gesetzentwurf zu beschäftigen.

Ich lege die Arbeit meinen Lesern zu eigener Beurteilung vor, obwohl ich selbst grundsätzliche Einwendungen dagegen habe, wenigstens soweit aus dem Entwurf die Absicht zu folgern ist, die Vergesellschaftung der Produktion durch die Verstaatlichung des rentierlichen Kapitals herbeizuführen. Eine solche Maßnahme wird nicht zum Sozialismus, sondern zum Staatskapitalismus führen, was — trotz Marx — etwas sehr verschiedenes ist. Auch scheint mir die streng mathematische Beweisführung den Verfasser zu Trugschlüssen zu führen. So unterläuft ihm ein offener Irrtum, wenn er meint, das völlige Aufhören aller Produktion müßte den Bedarf ins Unendliche steigern. Dies ganz von mathematischem Denken eingegebene Logik hält vor den Tatsachen nicht stand. Denn der Bedarf der Menschen ist niemals unendlich, er ist begrenzt und schwankt innerhalb seiner Grenzen, ja, ganz im Gegensatz zu Dürrs Auffassung bewirkt vermehrter Bedarf erhöhte Produktion, wie verminderte Produktion — die Kriegserfahrungen haben es bestätigt — den Bedarf verringert. Der Bedarf aber muß in einer gerechten, einer sozialistischen Gesellschaft die Produktion bestimmen, statt daß er, wie unter kapitalistischen (auch staatskapitalistischen) Verhältnissen von der Produktion abhängig gehalten wird. Der Bedarf richtet sich nach dem Kulturstand eines Volkes. Je höher die Kultur, umso größer der Bedarf nicht nur nach den Notwendigkeiten, sondern auch nach dem Schmuck des Lebens.

Dürrs Folgerung, der Augenblick zur Sozialisierung der Produktion sei der des Tiefstandes der Produktion, ist aber doch und gerade deswegen richtig. Denn der Tiefstand der Produktion vermindert den Bedarf in dem Maße, daß zugleich mit ihm ein Tiefstand der Kultur eintritt, der die Notwendigkeit einer Umgestaltung des Wirtschaftsbetriebes evident macht. Somit hat Dürr recht, wenn er Eisner alle Ausbeuter entzückenden Grundsatz bekämpft, daß der Augenblick des Zusammenbruchs nicht der Augenblick der Sozialisierung sein könne. Er hat ferner recht, wenn er als Vorbedingung der Sozialisierung die Verfügung der Allgemeinheit (die ja nicht mit dem Staat identisch zu sein braucht) über die zu sozialisierenden Produktionsmittel (vorweg natürlich des Großgrundbesitzes) verlangt und endlich sein Ansehen, als Voraussetzung zu allen durchgreifenden Maßnahmen gegen das Kapital die Registrierung aller natürlichen Werte und die Offenbarungspflicht der Banken zu dekretieren, von außerordentlich beachtenswerter Bedeutung.

Allerdings fürchte ich, daß die ehemals königlichen Geheimräte, die Eisner auf ihren Posten von ehedem weiterwursten läßt, und denen die Bearbeitung der heiklen Materie anvertraut sein wird, wenig Neigung haben werden, im Geiste des Sozialismus durchgreifende Wandlungen der bestehenden Gesellschaft vorzubereiten. Sie sind Kinder und Funktionäre des kapitalistischen Obrigkeitsstaates, sie denken und fühlen mit den Hirnen und Nerven der kapitalistischen Bürokratie, sie leben und schwitzen in den Aktenbündeln ihrer Amtsvorgänger bis ins hundertste Geschlecht. Die Vorarbeiten zur Erfassung des Kapitals für die Gesamtheit des Volkes in die Hände dieser Zopfbestigen zu legen, heißt aus einer Eule eine Nachtigall machen wollen.

Die „revolutionäre“ Regierung Bayerns hat sich ja einmal darauf festgelegt, die Beamten und Offiziere da sitzen und wirken zu lassen, wo sie auch unter Ludwig III. gesessen und gewirkt haben, weil sie nun mal „eingearbeitet“ sind, — eingearbeitet in die Verwaltung einer Republik mit sozialistischen Tendenzen: Das gerade nicht, aber Eisner wird die Herren schon noch revolutionieren. Sollte später mal etwas zum Sozialisieren da sein, dann werden uns Kurt Eisners ererbte Ministerialräte schon lehren, was Sozialismus ist. E. M.

Das unplanmäßige Erscheinen dieser Nummer ist wieder auf technische Hindernisse zurückzuführen. Immerhin hätte das Blatt Ende der letzten Woche herauskommen können, wenn der Herausgeber es nicht für seine Pflicht gehalten hätte, das entsetzliche Ereignis der Ermordung unserer Führer noch nachträglich im Text des „Kain“ zu behandeln. Die Bemühungen, das regelmäßige Erscheinen des „Kain“ zu sichern, werden fortgesetzt werden. Die Leser werden gebeten, solange der Kohlenmangel seine Wirkungen auf die technischen Betriebe ausübt, Nachsicht zu üben.